

DS-Nr.: 51/2007



Kreistagsfraktion Uckermark

Dringlichkeitsantrag

EINGEGANGEN 26. April 2007

Für eine weitere Präsenz der Bundespolizei in der Uckermark

Nach dem für 2008 geplanten Wegfall der Personenkontrollen an der polnischen Grenze droht der teilweise Abzug der Bundespolizei entlang der Oder. Nach Ansicht der Fraktion der CDU im Kreistag Uckermark wäre es jedoch trügerisch zu glauben, dass durch einen symbolischen Schritt die Sicherheitslage langfristig geklärt sei. Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt, dass es weiterhin durchaus realistische Bedrohungen der Sicherheit für die Menschen gibt. Die Bekämpfung von Drogenhandel, Diebstahl, Zigarettenschmuggel und selbst Menschenhandel steht auch weiterhin auf der Tagesordnung der täglichen Arbeit der Bundespolizei.

Eine deutliche Verminderung der Polizeipräsenz steht im Zuge der derzeitigen bundesweiten Umstrukturierungsmaßnahmen zu befürchten. Im Moment erarbeitet eine Kommission im Bundesministerium des Innern ein neues Konzept für die Bundespolizei.

Nach Aussage des zuständigen Staatssekretärs, Dr. August Hanning, soll zwar auch in Zukunft dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger und der jeweiligen Bedrohungslage entsprochen werden, jedoch ist keinesfalls sicher, dass die bisher vorhandenen Inspektionen in gleicher Stärke erhalten bleiben.

Die Sicherheit der Bürger in Brandenburg, ja in ganz Deutschland hängt nach Ansicht der CDU-Fraktion in nicht unerheblichem Maße von der Arbeit der Bundespolizei ab und muss in gewohnter Qualität gesichert werden. In dieser Konsequenz wird entlang der Grenze eine Präsenz in gleicher Stärke wie bisher unerlässlich sein. Nicht zuletzt würde eine Reduzierung zusätzliche Aufgaben für die Landespolizei bedeuten, die – auch nach Aussagen des Innenministers – angesichts der Personalsituation kaum zu schultern wären.

Die Fraktion der CDU setzt sich daher für die weitere Präsenz der Bundespolizei ein und fordert die Kreisverwaltung auf:

- Die zuständigen Entscheidungsträger im Bundesministerium des Innern nachdrücklich vor dem Verlust an Sicherheit zu warnen, der mit einer Schwächung der Präsenz der Bundespolizei einherginge.
- Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zu artikulieren, um auf die weiterhin angespannte Lage hinzuweisen, welche auch nach dem Wegfall der Personenkontrollen bestehen wird.
- Alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um eine Einschränkung der Bundespolizeipräsenz abzuwenden.

Prenzlau, 24. April 2007

Jens Koeppen und die Fraktion der CDU